



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

PLH, Zi. 5737
11011 Berlin
Ansprechpartner/in:
Michael Matzke, Julia Lenfers
Tel: (030) 227 – 70 660
Fax: (030) 227 – 76 660

Wahlkreis

Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Tel: (0681) 51060
Fax: (0681) 52207

Berlin, den 19.03.03

Rede am 19. März 2003 im Bundestag, 2./3. Lesung Haushalt

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Zunächst einmal vielen herzlichen Dank an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – an Herrn Hinrichs-Rahlwes und Herrn Püschel – sowie an das Bundesministerium für Finanzen – an Herrn Suhr – und die Mitberichterstatterin und Mitberichterstatter im Ausschuss für die angenehme und konstruktive Atmosphäre. Auch wenn wir in der Sache teilweise unterschiedliche Auffassungen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Haushalt folgt der Maxime Konsolidieren und Gestalten sowie dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Das Gesamtvolumen beläuft sich auf 248,2 Mrd. €. Mit 18,9 Mrd. € haben wir die niedrigste Neuverschuldung der letzten 10 Jahre erzielt. Die Nettokreditaufnahme des letzten Haushalts in Ihrer Regierungsverantwortung – meine Damen und Herren von der Opposition – lag bei 28,9 Mrd. €. Allein in den letzten vier Jahren Ihrer Regierungszeit haben sie 230 Mrd. € neue Schulden gemacht. Von 1999 bis 2002 waren es im Vergleich dazu lediglich 36 Mrd. €. Wir halten am Ziel fest, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und die Kreditneuaufnahme auf null zu senken. Konsolidieren und Gestalten statt unseriöse Anträge und Miesmachereien.

Wir haben das notwendige Sparvolumen sinnvoll verteilt ohne die Leistungsfähigkeit des Bundes einzuschränken. Auch der Einzelplan 16 musste seinen Konsolidierungsbeitrag erbringen.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Mit einem insgesamt hohen Investitionsniveau von 26,7 Mrd. € liegen wir trotz der angespannten Haushaltslage deutlich über dem `98er-Etat von 22,9 Mio. €. Wir investieren für die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder und Kindeskinde mehr in Verkehrsinfrastruktur, in Forschung und Bildung, in Klimaschutz, in erneuerbare Energien, in Wohnungs- und Städtebau. Durch den Verzicht auf den kommunalen Beitrag für den Fluthilfefonds erhalten die Kommunen Handlungsspielraum. Es liegt nun an der Union, ob die Einnahmehasis von Ländern und Gemeinden verbessert wird oder nicht.

Die Ausgaben für den Bereich Bildung und Forschung – die ja überwiegend auch investive Ausgaben sind – wurden von uns zum wiederholten Male erhöht. Sie betragen jetzt inklusive Betreuungsausgaben 9,1 Mrd. €. – 25% mehr als zu Ihren Regierungszeiten, meine Damen und Herren von der Opposition. Die Verkehrsinvestitionen sind so hoch wie nie zuvor. Wir wollen mit mehr Ganztagschulen bessere Bildungschancen für unsere Kinder und mehr Chancen für die bestausgebildetste Frauengeneration, die wir je hatten, ihre familiären und beruflichen Ziele miteinander vereinbaren zu können.

Aufgrund der Investitionsschwäche der Gemeinden helfen wir ihnen mit verbilligten Krediten bei der Bestandssanierung der kommunalen Infrastruktur, vor allem für den Wasser- und Abwasserbereich. Aber auch bei der Altbausanierung erhalten Kommunen und Private zukünftig Unterstützung für ihre Investitionen. Das Gesamtvolumen dieser Förderungsprogramme beläuft sich auf 15 Mrd.€. Dieses wird zu positiven Umwelt- und Arbeitsmarkteffekten auf regionaler und lokaler Ebene führen.

Sie verweigern sich – meine Damen und Herren von der Opposition – Verantwortung für bessere Staatseinnahmen zu übernehmen, scheuen sich aber nicht, bei den Haushaltsberatungen Erhöhungsanträge in einer beträchtlichen Größenordnung zu stellen. Die CDU/CSU belastet den Haushalt mit ca. 3 Mrd. € mehr. Bei der FDP verabschiedet sich dann jede haushälterischen Vernunft: zusätzliche 4,8 Mrd. € bleiben nach der Zusammenrechnung ihrer Einsparungen und Mehrausgaben unter dem Strich stehen – das ist mir unter den gegebenen Rahmenbedingungen vollkommen unverständlich! Sie müssen sich entscheiden – meine Damen und Herren von der Opposition – und auch sagen was Sie wollen. Steuersenkungen und mehr Ausgaben und Schuldenabbau und Einhaltung der Maastricht-Kriterien: das geht nicht zusammen! In der ganzen Debatte haben Sie mir gesagt was Sie nicht wollen. Aber kein einziges Mal habe ich von Ihnen gehört, was Sie anders machen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Umweltpolitik ist für uns nach wie vor eine Querschnittsaufgabe. Daher verteilen sich die umweltrelevanten Ausgaben und Aufgaben im Gesamthaushalt. Insgesamt werden in diesem Haushalt 4,365 Mrd. € für Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz sowie für die Reaktorsicherheit zu Verfügung gestellt.

Ich möchte an diese Stelle einige Beispiele aus den anderen Ressorts nennen:

Im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ein neues Programm aufgelegt, das der CO₂-Reduzierung bei Altbauwohnungen dient. Mit einem Investitionsvolumen von 160 Mio. € pro Jahr - der Baransatz liegt für 2003 bei 5 Mio. € - sollen Gebäudesanierung und Heizungsmodernisierung im Altbaubereich realisiert werden. Dadurch wird eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes erzielt. Dieses Programm ergänzt das bereits bestehende CO₂-Programm im Rahmen des Zukunftssinvestitionsprogramms in Höhe von 204 Mio. €. Hinzu kommen die eben erwähnten Zinsverbilligungsprogramme für Private und die Gemeinden.

Des Weiteren werden über Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit globale Umweltprojekte realisiert. In vielen Ländern der Welt ist die Wasserqualität eines der drängenden Probleme. Daher werden vor Ort kommunale Programme zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung realisiert.

Der Schwerpunkt der bundespolitischen Umweltpolitik liegt aber natürlich in der Verantwortung des Umweltministeriums. Gemessen an den Etats der anderen Häuser ist das BMU eher ein „bescheidenes“ Ministerium mit einem ursprünglichen Etat von 533,447 Mio. €. Durch die Übertragung der Verantwortung des Bereiches Erneuerbare Energien vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit auf das BMU ergibt sich in diesem Haushaltsjahr ein Mittelzuwachs von 260,58 Mio. €. Dadurch beläuft sich das Volumen des Umwelthaushaltes insgesamt auf 794,02 Mio. €. Damit liegt er deutlich über dem Haushalt von 1998 mit 619,89 Mio. €. Dort waren aber auch noch 120 Mio. € mehr für den Endlagerbereich enthalten.

Der Programmhaushalt liegt mit 191,0 Mio. in der Kontinuität der letzten Jahre. Der Verwaltungshaushalt fällt mit 213,5 Mio. € etwas höher aus, was aber durch die Bauprojekte für das Umweltbundesamt in Dessau und das Bundesamt für Naturschutz in Bonn begründet ist. Beide Vorhaben werden über Verwaltungshaushalt abgedeckt. Insofern ist Ihre Aussage zum Verwaltungshaushalt – meine Damen und Herren von der Opposition – irreführend.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Ein Blick auf die ausgabenrelevanten Anträge der Opposition zeigt deutlich Ihr finanzpolitisches Unvermögen: insgesamt belaufen sich die Forderungen auf eine Summe von: **115,816 Mio. €** in den ausgabewirksamen Änderungsanträgen der FDP – ohne jede Gegenfinanzierung! In den Haushaltsberatungen wird Konzeptionslosigkeit der Opposition am deutlichsten: jeden Weg den wir gehen, rennen Sie blind in andere Richtung, wir sparen – Sie wollen Geld ausgeben, wir investieren und je nach Tageslaune ist es Ihnen zuviel oder zu wenig. Steuern runter, Ausgaben rauf, Neuverschuldung runter, Maastrichtkriterien einhalten – das ist der Kanon Ihrer Forderungen und das zeigt Ihre mangelnde Seriosität und Ihre Unfähigkeit konkrete Vorschläge zu machen.

Wie ich eben bereits kurz andeutete ist der Ausstieg aus der Atomenergie ein wesentlicher Erfolg rot-grüner Umweltpolitik. Wir konnten dadurch die Energiegewinnung auf Kosten nachfolgender Generationen beenden. Durch die Verwendung der eingesparten Mittel für die Förderung zukunftsorientierter Technologie können neue Energieträger erschlossen und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Bisher haben bereits 120.000 bis 130.000 Menschen im zukunftssträchtigen Bereich Erneuerbare Energien Arbeit gefunden. Für die Atomenergie arbeiten gerade einmal 35.000 Menschen.

Die Erneuerbaren Energien sind jetzt in der politischen Verantwortung des Umweltministeriums. Diese Verantwortung bedeutet natürlich auch eine Vielzahl neuer Aufgaben und Herausforderungen. Die Schaffung einer internationaler Agentur für erneuerbare Energien soll auf den Weg gebracht werden und die Förderprogramme zur energetischen Errichtung und Modernisierung von Häusern müssen umgesetzt werden.

Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieaufkommen soll von derzeit 8% bis 2010 auf 12,4% steigen. Dazu wird von uns unter anderem die Kraft-Wärme-Kopplung und damit die dezentrale Energieversorgung vorangetrieben. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir deshalb das KWK-Gesetz auf den Weg gebracht. Bis 2010 sollen 3.000 MW Strom aus Offshore-Windkraft-Anlagen kommen und bereits in vier Jahren soll die Fläche an Sonnenkollektoren verdoppelt werden. Große Potentiale sehen wir auch in der Nutzung von Biomasse und Geothermie – diese wollen wir nutzen.

Da die Umwelt und ihre Belastungen nicht an politischen Grenzen halt machen, wollen wir unsere Erkenntnisse und Fortschritte auch an andere Ländern weitergeben. Deshalb wird die Exportinitiative Erneuerbare Energien wird fortgesetzt und verstärkt.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien ist mit 190 Mio. € der größte Titel der auf das BMU übergeht. Bis zum Jahr 2006 soll er sich auf 230 Mio. € steigern – das ist im Koalitionsvertrag so festgehalten und so wird es auch gemacht. Diese Förderprogramm wird die nötigen Impulse für die Energiewirtschaft setzen und neue Dynamik in die Einsatz erneuerbarer Energien bringen. Für die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich werden natürlich auch Mittel zur Verfügung gestellt, um weiterhin unsere Spitzenposition auf diesem Gebiet zu sichern.

Die Forschung im Bereich Mobilfunk erhält verstärktes öffentliches Interesse. Die Mittel für den zukünftigen Bedarf in diesem sensibeln Bereich sind über die Erhöhung von Verpflichtungsermächtigungen um 3,0 Mio. gesichert. Bereiche dieser Forschung sind zum Beispiel die Wirkung elektromagnetischer Felder bei Handy-Nutzung, die Wirkung elektromagnetischer Felder der drahtlosen Datenübertragung und die thermophysiologische Wirkung elektromagnetischer Hochfrequenzfelder.

Die Pilotprojekte Inland werden gerne von der Union kritisiert. Das Rheinisch-westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI) hingegen stellt fest, dass es sich hierbei um ein „wesentliches Kernelement zur Fortentwicklung der deutschen Umweltpolitik“ handelt. Auf Anraten des Bundesrechnungshofes und aufgrund von finanziellen Erfordernissen wurde die Zahlungsweise der Fördergelder verändert. Die Umstellung auf Ratenzahlung spart zusätzlich 4 Mio. € bei den Pilotprojekte Inland.

Die Pilotprojekte Ausland erhalten eine erweiterte Gebietskulisse, die nicht nur die angrenzenden Staaten berücksichtigt, sondern alle Beitrittskandidaten zur EU. Das ist ein richtiges Zeichen für EU-Erweiterung, wodurch eine Etablierung westeuropäischer Umweltstandards in Beitrittsländern ermöglicht wird. Zusätzlich erhält hier deutsches Umwelt-Know-how eine Chance sich auf einem gesamteuropäischen Markt gut zu positionieren.

Die Unterstützung von Umweltverbänden wird von der institutionellen Förderung zu Projektförderung verschoben. Damit kommen die Gelder konkreten Projekten und dadurch direkt der Umwelt zu Gute. Die Projektförderung ist in diesem Jahr nochmals um 7,1 % erhöht worden und liegt nun 71 % höher als 1998.

Die großen Programmtitel werden natürlich auf hohem Niveau fortgeschrieben. So erhalten die Naturschutzgroßprojekte: 18 Mio. €, Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes: 5,7 Mio. € und Umweltforschungstitel: 61,8 Mio. €.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Der Vertragsnaturschutz gehört nicht in die Unterstützung für Großprojekte. Er liegt in finanzieller und inhaltlicher Verantwortung bei den Ländern, auch wenn wir diese Variante des Naturschutzes politisch für sehr sinnvoll halten. Hier könnten Optionen ausgebaut werden, da die Erfahrungen mit der Landwirtschaft bisher sehr positiv waren. Eventuell sollte geprüft werden, ob auch im Rahmen der Altlastensanierung mittelständische Unternehmen am Vertragsnaturschutz partizipieren können. Diesem ist im Einzelfall der Vorzug vor ordnungsrechtlicher Regelung zu geben. Generell muss aber die Möglichkeit zu ordnungsrechtlichem Handeln beibehalten werden z.B. bei Landschaften von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung.

Der Schwerpunkt des BMU ist nach wie vor die Entwicklung umweltpolitischer Leitlinien und guter Gesetze. Deren Umsetzung und Finanzierung ist dann zum größten Teil Aufgabe der Landesbehörden und – nach Verursacherprinzip – derjenigen, die für die Umweltbelastungen verantwortlich sind.

Personell ist das BMU gut aufgestellt. Es verfügt über eine arbeitsfähige Mannschaft und erhält lediglich einen sehr geringen, gegenfinanziertem Zuwachs für die sehr umfangreichen Aufgaben der neuen Abteilung Erneuerbare Energien. Die Globale Minderausgabe ist im Rahmen der Haushaltsberatungen sinnvoll im Endlagerbereich aufgelöst worden. Trotz des Konsolidierungskurses konnte für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein solider Haushalt mit den richtigen politischen Schwerpunkte beschlossen werden. Die Veränderungen im BMU-Haushalt und die Übertragung der Verantwortung für die erneuerbaren Energien zeigen die voranschreitende strategische Neuausrichtung. Der 1998 begonnen ökologische Umbau unserer Gesellschaft kann damit trotz schwieriger Haushaltsrahmenbedingungen fortgesetzt werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.